



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid, Andreas Winhart, Matthias Vogler** und **Fraktion (AfD)**

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention
(Kap. 10 07 TG 60)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 10 07 wird der Ansatz in TG 60 (Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention) für das Jahr 2026 von 5.881,4 Tsd. Euro um 4.881,4 Tsd. Euro auf 1.000,0 Tsd. Euro gekürzt.

In Kap. 10 07 wird der Ansatz in TG 60 (Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention) für das Jahr 2027 von 5.917,6 Tsd. Euro um 4.917,6 Tsd. Euro auf 1.000,0 Tsd. Euro gekürzt.

Der Haushaltsvermerk der TG 60 entfällt.

In Kap. 10 07 wird die Verpflichtungsermächtigung des Tit. 684 60 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen) für die Jahre 2026 und 2027 von jeweils 2.500,0 Tsd. Euro um 2.250,0 Tsd. Euro auf 250,0 Tsd. Euro gekürzt.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Der überwiegende Teil der Mittel dieser Titelgruppe wird nach Einschätzung der AfD-Fraktion derzeit an Akteure und Organisationen vergeben, die politisch einseitig positioniert sind oder deren Tätigkeit sich überwiegend gegen eine einzelne demokratisch legitimierte Partei, namentlich die AfD, richtet. Diese Mittelvergabe wirft Fragen hinsichtlich der gebotenen politischen Neutralität staatlich geförderter Präventionsarbeit auf.

Die AfD-Fraktion teilt die große Sorge über den massiven Anstieg antisemitischer Vorfälle und halten Prävention für einen zentralen Schlüssel, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Gleichzeitig sieht die AfD-Fraktion diese Prävention nicht als realistisch umsetzbar im Rahmen unkontrollierter Migration. Gerade dort, wo antisemitische Einstellungen bereits ideologisch oder kulturell verfestigt sind, stoßen präventive Maßnahmen an klare Grenzen. Deshalb hält die AfD-Fraktion eine kontrollierte Migrationspolitik für einen entscheidenden Faktor, um wirksame Prävention überhaupt möglich zu machen und antisemitische Tendenzen nachhaltig einzudämmen.

Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, den Ansatz des Titels entsprechend zu reduzieren. Die noch vorhandenen Mittel sollen gezielt und vorrangig in Maßnahmen und Projekte investiert werden, die unmittelbar auf die Prävention und Bekämpfung tat-

sächlicher extremistischer Gefährdungen, insbesondere im Bereich des Linksextremismus und des Islamismus, ausgerichtet sind. Ziel ist eine stärkere Wirksamkeit, Zielgenauigkeit und sicherheitsrelevante Priorisierung der vorhandenen Haushaltsmittel.